Medienmitteilung vom 24. November 2026
Bildung Aargau, ArbeitAargau, KASPV und VPOD

Keine Wertschätzung für die Arbeitenden im öffentlichen Dienst des Kantons Aargau

Der Grosse Rat ist in der gestrigen Sitzung dem Vorschlag der vorberatenden Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen (KAPF) gefolgt und hat den Steuerfuss von 100 auf 94 Prozent gesenkt – dies, nachdem der Steuerfuss bereits im Vorjahr von 108 auf 100 Prozent reduziert wurde. Für Bildung Aargau, ArbeitAargau, die KASPV und den VPOD ist es unverständlich, dass das Plenum des Grossen Rats diese Steuerfusssenkung beschlossen und gleichzeitig beim Teuerungsausgleich und bei der Lohnentwicklung des kantonalen Personals Abstriche vorgenommen hat. Sie kritisieren diese Prioritätensetzung. Der Kanton Aargau steht finanziell gut da. Der Grosse Rat hätte deshalb in eine starke öffentliche Bildung, faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen investieren sollen, statt die finanziellen Spielräume für Steuersenkungen zu nutzen. Daniel Hotz, Geschäftsführer von Bildung Aargau, ist sehr enttäuscht: «Das Signal, welches die kantonale Politik damit an die Arbeitenden im öffentlichen Dienst aussendet, ist verheerend und wird den Fachkräftemangel weiter verschärfen».

Lehrpersonen: Kaufkraft und Attraktivität des Lehrberufs wird weiter geschwächt
Für die Lehrpersonen ist der Teuerungsausgleich zentral. Nachdem bereits im vergangenen Jahr auf einen Teuerungsausgleich verzichtet wurde, hat der Grosse Rat den aus Sicht von Bildung Aargau gerechtfertigten Vorschlag des Regierungsrats von 0,9 Prozent Teuerungsausgleich auf 0,6 Prozent gekürzt. Die Lehrpersonen müssen sich damit zufriedengeben, dass es keine Reallohnsenkung gibt und der Status Quo gewahrt bleibt. Eine Lohnerhöhung bleibt ein Traum. Das reicht nicht aus, um die Attraktivität des Lehrberufs nachhaltig zu stärken.

Staatsangestellte: Lohnrückstand bleibt bestehen
Auch beim übrigen Staatspersonal besteht dringender Handlungsbedarf. Die Lohnentwicklung der vergangenen Jahre hat einen erheblichen Rückstand hinterlassen, insbesondere aufgrund früherer Nullrunden. Der Regierungsrat wollte diesen mit einem einmaligen Lohnausgleich von 1,3 Prozent korrigieren. Dass der Grosse Rat diesen Ausgleich nun vollständig gestrichen hat, ist für die Personalverbände und weitere Vertretungen der Arbeitnehmenden nicht nachvollziehbar. «Ein finanziell starker Kanton muss auch ein verlässlicher Arbeitgeber sein. Wertschätzung gegenüber dem Staatspersonal darf sich nicht auf schöne Worte beschränken, sondern muss sich auch in fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen zeigen», sagt Stefan Dietrich, Präsident der Konferenz Aargauischer Staatspersonalverbände. Die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber zu stärken, ist keine Luxusaufgabe, sondern eine Voraussetzung für einen leistungsfähigen und zukunftsorientierten Service public.